

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Sonntag, 01. August 2010 02:24

An: natascha.dumfahrt@phwien.ac.at; maria.schwarz-herda@phwien.ac.at; rosa.weingartmann@kphgraz.at; susanne.herker@kphgraz.at; maria.monschein@phst.at; lisa.reicher@phst.at; andrea.holzinger@phst.at; office@pga.at; info@iv-newsroom.at; rolf.gleissner@wko.at; Textor Martin R. Dr.; presse.klub@oevp-wien.at; info@sismikplus.eu; Andreas Holzkecht; OBHUT; oepa@oepa.or.at; maria.hawle@klimabuendnis.at; diakonie@diakonien.at; ksz-wien@die-moewe.at; austria@kmb.or.at; r.moser@edw.or.at; anima@edw.or.at; office@bildungswerk.at; info@familie.at; ka.alleinerziehende@edw.or.at; a.horwath@edw.or.at; amstler@familie.at; s.kuldas@integrationshaus.at; info@kind-und-kegel.at; service@m11.magwien.gv.at; office@elternkompetenz.net; nanaya@utanet.at; office@kinderinwien.at; office@wiener-familienbund.at; doris.kovacs@inode.at; beratung@fitforkids.at; r_isolde@yahoo.co.uk; office@ffv.at; familienakademie@wien.kinderfreunde.at; spielebox@wienextra.at; weber.weber@mycity.at; w.riegler@evang.at; wolfgang.tuechler@weiterwissen.at; freie-hebammen@hebammenzentrum.at; office@edu4you.at; abi@weiterwissen.at; kfj.men@wienkav.at; office@vhs11.at; SchusterWalter Mag., Direktor VHS Brigittenau ; ilona.weigl@biv-integrativ.at; office@biv-integrativ.at; kursanmeldung@kardinal-koenig-haus.at; office-gz@sjk-wien.at; akademie@montessori.at; info@ioe.at; doerfler@gmx.at; fem@aon.at; wirth@wifwien.at; familienbuero@schoenstatt.at; info@geburtshaus.at; neustammersdorf@vhs21.ac.at; bildungszentrum@bildungswerk.at; cafe.floritz@sos-kinderdorf.at; bildungszentrum@bildungswerk.at; office@abenteuer-erziehung.at; office@elternwerkstatt.at; office@babykurse.at; info@familylab.de; thomas.kluger@spw.at; office@bizeps.or.at; martin.textor@freenet.de; becker-textor@freenet.de; office@kinderoase-weimar.at

Betreff: Sammelmeldung 01.08.2010

Anlagen: jahresprogramm_forum_fruhe_bildung_2010_11final.pdf; Einladung_Tagunsaviso_2010.doc; ph_seminar.pdf

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>

informationsdienst@Plattform-EduCare.org

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

WIR GRATULIEREN DEN BEIDEN MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Herausgeber des [Online-Handbuches "Kindergartenpädagogik"](#), und Ko-Leiter des [Instituts für Pädagogik und Zukunftsforschung](#) in Würzburg.



Dr. Martin R. TEXTOR

Wissenschaftlicher Angestellter am Staatsinstitut für Frühpädagogik in München (dzt. beurlaubt, um sich auf dem Gebiet der Zukunftsforschung weiterzuqualifizieren). Studierte Pädagogik, Beratung und Sozialarbeit an den Universitäten Würzburg, Albany (N.Y.) und Cape Town. Mitglied des Editorial Board [des Early Childhood Education Journal](#). Herausgeber der Website [Kindertagesbetreuung](#), der Ideenbörse [Methoden der Frühpädagogik](#) und der [ZukunftWerkstatt](#), Autor der Website [Erziehungspartnerschaft](#) sowie Mitherausgeber des [Online-Familienhandbuches](#).

Umfangreiche [Publikationen](#) und

[Referate/Fortbildungen.](#)

Kontakt:

Fichtestraße 14a
D-97074 Würzburg

Tel.: +49 (931) 77730

E-Mail: martin.textor@freenet.de

und

Mitbegründerin des [Instituts für Pädagogik und Zukunftsforschung](#) in Würzburg.

Ausbildung zur Kindergärtnerin und Hortnerin, Diplomsozialpädagogin (FH), Diplompädagogin (UNIV), Fachlehrerin für Werken, Montessoridiplom und weitere Zusatzqualifikationen für den Elementarbereich.

Berufliche Tätigkeiten: Kindergartenleiterin, Fachberaterin für Kindergärten und Horte, Lehrtätigkeit an einer Berufsfachschule für Kinderpflege, Fachakademie für Sozialpädagogik, Universität Würzburg, als Fortbildungsreferentin bei Organisationen, Verbänden, in der Lehrerfortbildung, zuletzt Referatsleiterin im Bayerischen Sozialministerium in den Referaten "Sozialpädagogik in der Jugendhilfe", "Kindergärten, Horte, Netz für Kinder", "Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit"). Mitbegründerin des [Institutes für Pädagogik und Zukunftsforschung Würzburg.](#)

Umfangreiche [Publikationen](#) und [Referate/Fortbildungen.](#)

Kontakt:

Fichtestraße 14a
D-97074 Würzburg

Tel.: +49 (931) 77730

E-Mail: becker-textor@freenet.de



**Ingeborg
BECKER-
TEXTOR**

**zum Jubiläum
10 Jahre**

**Online-Handbuch "Kindergartenpädagogik"
2000 – 2010**

Im Online-Handbuch "Kindergartenpädagogik" finden sich rund 1.070 Fachartikel und 1.045 Buchhinweise bzw. Rezensionen. Nahezu alle Themen aus der Elementarpädagogik werden behandelt, zumeist in mehreren Beiträgen. Aber auch andere

für Frühpädagogen/innen wichtige Wissenschaften werden berücksichtigt: Psychologie, Soziologie, Recht und Pädagogik.

→ <http://www.plattform-educare.org/online-Handbuch.htm>

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ **Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen** ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 01.08.2010 02:23:45

WIR GRATULIEREN DEN BEIDEN MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Dr. Martin R. TEXTOR

Ingeborg BECKER-TEXTOR

→ <http://www.plattform-educare.org/online-Handbuch.htm>

MEINUNG

Zusammen leben – aber wie?

Eine neue Studie sagt: Zwischen „Österreichern“ und Migranten gibt es wenig Kontakt in der Schule.
Schule als Mikrokosmos
Selbst- und Fremdwahrnehmung

Proaktiv passiv

Den Verdacht, ÖAAB-Obmann Spindelegger wolle das Sommerloch auch nützen, um von seiner dumpfen Lehrerfraktion abzulenken, wird man nicht leicht los

<http://derstandard.at/1277339236495/Proaktiv-passiv>

Industrie: Commitment zur Lehrlingsausbildung ungebrochen

Leitl: Wirtschaft setzt auf Ausbildung UND qualifizierte Zuwanderung

Korun und Mitterlehner "Die Besten gehen dorthin, wo sie willkommen sind"

Spindelegger: "Müssen realistisch in die Zukunft blicken"

Spindelegger: 100.000 Zuwanderer bis 2030

Rot-Weiß-Rot-Card: Koalition will um Migranten werben

→ Alle 119 Artikel »

Fekter: Kriterien für "Rot-Weiß-Rot-Card" im Herbst "unrealistisch"

Fekter macht Druck auf Sozialpartner ORF.at

Zuwanderung: Grüne für Punktesystem

→ Alle 50 Artikel »

Bundesasylamt und Asylwerber-Pflichten -

Migration: Gemeinden vernetzen sich

Amt für Migration: "Das ist schon paktiert" - DiePresse.com

FPÖ-Kickl: Nationale Kraftanstrengung bei Bildung und Ausbildung statt ...

Mödlhammer für rechtzeitige Integrations-Steuerung

Strache: Familienpolitik statt Zuwanderung

FPÖ Themessl: Familienpolitik statt Zuwanderungsdiskussion

Strache: Spindelegger erklärt ÖVP-Familienpolitik für gescheitert =

ZUR DISKUSSION

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin) plädiert für Ausbau der Kinderbetreuung

Mehr Kindergeld oder mehr Kitas?

Mehr Kindergeld = Mehr Kinder

Mehr staatliche Kinderbetreuung = Mehr arbeitende Frauen

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

[PH-Online](#)

[Internationales Symposium „Selbstständigkeit durch Selbsttätigkeit“, das von Freitag 19.11.2010.,15.00 Uhr bis Samstag 20.11.2010, 14.00 Uhr an der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Graz](#)

[Forum „Frühe Bildung“ der PH Steiermark: Kindergarten und Schule - Jahresprogramm 2010/2011](#)

[KPH Wien-Krems: Der Übergang von elementaren Bildungseinrichtungen zur Schule –Bildungspläne und Ausbildungskonzepte](#)

[Lehrveranstaltung der PH Wien: Bewegung - Eine Reise von globalen Aspekten bis hin zu Einflüssen auf die Entwicklung des Kindes](#)

BEHINDERTE MENSCHEN

[Menschenrechtssituation von behinderten Menschen in Österreich](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

[Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.](#)

[Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009](#)

[Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009](#)

[Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich](#)

[Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu](#)

BILDUNGSPOLITIK

[Deutschland: Kontroverse Diskussion um mehr Bundeskompetenz bei der Bildung](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Mödlhammer: Sind an Grenzen der Belastbarkeit](#)

[Gemeinden sind an den Grenzen der Belastbarkeit](#)

[→ Alle 16 Artikel »](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen:](#)

[Land Kärnten plant im Herbst "Elternführerschein"](#)

[LR Ragger: Jugendwohlfahrt ist Brennpunkt der Sozialpolitik](#)

[Immer mehr Problemfamilien](#)

["Ich bin auch noch da!"](#)

["Eltern lernen ihr Kind zu verstehen"](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

SALZBURG

[Meldungen:](#)

[Neues Gesetz über u.A. die Anerkennung von fremden Berufsausbildungen und –qualifikationen zum Kinderbetreuungsgesetz 2007](#)

STEIERMARKE

[Meldungen:](#)

[Väter-Debatte - Steirer-FP fordert: Kinderrechte sollen in die ...](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

VORARLBERG

[Meldungen: keine](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[VP-Riha: Elternbildung auch in Wien fördern und ausbauen](#)

→ [Träger Elternbildung in Wien: http://www.eltern-bildung.at/eb/service/adressen/elbiOrganisationen.php](#)

[Elternbildung - SP-Vettermann: "Wien baut Elternschulungen laufend aus"](#)

[VP-Leeb zu Diakonie: "Zustände der Wiener Schulsozialarbeit ... APA OTS](#)

→ [Siehe dazu: Diakonie zu Jugendwohlfahrt: Investitionen in Kinder und Jugendliche zahlen sich aus!](#)

[AVISO: "HEISSER HERBST mit der BKHW" 6. Oktober 2010 - 18:30](#)

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

[Fachtagung über die Bedeutung von Forschung und Ausbildung für die Vorschulpädagogik: VON DER KINDERGARTENTANTE ZUM BACHELOR OF EDUCATION](#)

ELTERNBILDUNG

→ [Siehe dazu auch VP-Riha: Elternbildung auch in Wien fördern und ausbauen](#)

FAMILIENPOLITIK

[Immer mehr Problemfamilien - Jugendwohlfahrt braucht mehr Geld](#)

JUGENDWOHLFAHRT

[Diakonie zu Jugendwohlfahrt: Investitionen in Kinder und Jugendliche zahlen sich aus!](#)

KINDERGARTEN

[Rheinland-Pfalz: Kostenloser Kindergarten erbost Nachbarland](#)

[Kindergarten beitragsfrei](#)

PÄDAGOGEN/INNEN

[Baden-Württemberg: Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

BERICHTE ÜBER MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

→ [10 Jahre Online-Handbuch "Kindergartenpädagogik" - 2000 – 2010](#)

→ [sismik PLUS - Dokumentation der Sprachentwicklung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache](#)

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

[Mitgliederliste](#)

→ [Diakonie zu Jugendwohlfahrt: Investitionen in Kinder und Jugendliche zahlen sich aus!](#)

NEUE MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

[Dipl.-Päd. Anke KARBBER](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[BIFIE-Report 5/2010 zur Evaluation des Projekts "Frühe sprachliche Förderung im Kindergarten" online verfügbar](#)

[sismik PLUS - Dokumentation der Sprachentwicklung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache](#)

[OBHUT - Beratungsservices für Kinderbetreuung](#)

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

[KindergartenpädagogIn gesucht](#)

[KINDEROASE WEIMAR sucht KindergartenpädagogIn](#)

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

[Schwesig geht gegen rechtsextreme Tagesmütter vor](#)

[Mecklenburg-Vorpommern: Kommunen sollen Gesinnung von Tagesmüttern prüfen](#)

[Erlass gegen Rechtsextremisten soll auch für Tagesmütter gelten](#)

[Tagesmütter auf dem Vormarsch](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Studientag "Wege aus der Kinderarmut" 15.09.2010 in Linz](#)

[Seminar für KindergartenpädagogInnen: Bewegung: Eine Reise von globalen Aspekten bis hin zu Einflüssen auf die Entwicklung des Kindes](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

Zusammen leben – aber wie?

GASTKOMMENTAR VON EDIT SCHLAFFER (Die Presse)

Eine neue Studie sagt: Zwischen „Österreichern“ und Migranten gibt es wenig Kontakt in der Schule.

Die Debatte über die Einwanderungspolitik in Österreich scheint gerade in seriösere Bahnen gelenkt zu werden. Natürlich, da stehen Sachzwänge und nicht unbedingt eine humanitäre Transformation der entscheidenden Akteure dahinter. Eine rapide alternde Gesellschaft, ein kollabierendes Gesundheits- und Sozialsystem, schwindende Zuversicht in die Haltbarkeit unserer Pensionen beschleunigen den vernunftorientierten Zugang zu diesem kontroversen Themenblock. Minister Spindelegger spricht von staatspolitischen Notwendigkeiten, der Generalsekretär des ÖAAB, Lukas Mandl, richtet einen emotionalen Appell an die Öffentlichkeit, er möchte die Rot-Weiß-Rot-Card zu einem der begehrtesten Dokumente dieser Welt machen.

Ja, Österreich muss wettbewerbsfähig bleiben. Die Laisser-faire-Strategie der Vergangenheit, dem notwendigen Gastarbeiter-Pool ohne nachhaltige Maßnahmen Tür und Tor zu öffnen und dann überfordert in einer Panikreaktion wieder die Grenzen dichtmachen zu wollen, ist in einer globalisierten Wettbewerbsgesellschaft ökonomisch kontraproduktiv.

Schule als Mikrokosmos

Bevor wir nun voreilig auf Talentejagd quer durch den Balkan bis in die Türkei ausziehen, sollten die Politiker und Migrationsexperten noch kurz einhalten und den Ist-Zustand im Land evaluieren. Wie geht es den mittlerweile bereits zu Österreichern gewordenen Migranten? Vor allem der Jugend, die die Brücke zwischen der Elterngeneration und den Einheimischen ist.

Parallelgesellschaften, Kampf um Minarette, Islamophobie und Burka-Verbote sind die neuen Themen, die die europäische Landschaft durchziehen. Es ist unbestritten, dass die Beförderung einer positiven Einstellung für eine gelungene Integration von beiden Seiten, der Mehrheitsbevölkerung und der Migrationsgruppen, die Basis für den Zusammenhalt der Gemeinschaften auf der persönlichen Ebene und im weiteren Kontext sein wird. Und genau um diese Frage der Gestaltung des Zusammenlebens im unmittelbaren Alltag der Mehrheits- und der Migrationspopulation geht es in unserer neuen Studie, die in

Österreich quer durch unterschiedliche Schultypen mit 120 Schülern im Alter von 14 bis 18 Jahren durchgeführt wurde. 76 der Befragten hatten Migrationshintergrund, die Mehrheit davon war muslimisch und bereits in Österreich geboren.

Die Schule ist ein Mikrokosmos, in dem gesellschaftliche Einstellungen reflektiert, Regeln vermittelt und im optimalen Fall gesellschaftliche Vorurteile aktiv aufgebrochen werden, um den Weg in eine für alle Kinder offene Gesellschaft zu ebnen.

Um gleich zum Schlüsselergebnis unserer qualitativen Exploration zu kommen: Den Begriff Zusammenleben für die zufällig zusammengewürfelte, gemischte Klassengemeinschaft zu bemühen ist nicht zutreffend. Zwischen den Migranten und den „Österreichern“ gibt es nur wenige Berührungspunkte.

Zwischen den jungen Migranten und Nichtmigranten scheint eine unsichtbare Trennlinie zu verlaufen. Die Schule als gemeinsamer, verbindlicher Ort wird noch nicht ausreichend genutzt. Auch darüber hinaus entwickelt sich wenig. Gegenseitige Hausbesuche, Freizeitaktivitäten, Freundschaften basieren auf einer Art Segregation. Dazu kommt noch ein weiteres Splitten der Gesamtgruppe: die Geschlechtszugehörigkeit. An sich ein volatiles Terrain in der Adoleszenz, aber vor allem für muslimische Burschen und Mädchen zusätzlich sorgfältig abgesteckt mit klaren Tabuvorstellungen. Die familiären Regeln migrantischer Eltern, vor allem in Hinblick auf die Begrenzung der ortsüblichen Freiheiten von Jugendlichen wirken sich natürlich auch auf den Schulalltag aus. Deshalb ist Gender mittlerweile ja eine der schärfsten Waffen an der Kulturkampffront geworden. Auf der einen Seite traditionelle, oft überbeschützende und auch kulturell desorientierte Eltern, auf der anderen Seite Proponenten der Aufklärung, die aber jenseits der Rhetorik nicht ausreichend Angebote machen, um diesen Bruch, der durch unsere Kultur läuft, kompetent und professionell zu überbrücken.

Dabei ist Österreich doch so stolz auf seine interkulturelle Dialogkompetenz. Diese müsste allerdings von der Ebene der kirchlichen und politischen Würdenträger heruntergeholt werden und mit jenen praktiziert werden, die unsere Zukunft bauen: mit unserer Jugend.

Selbst- und Fremdwahrnehmung

Die Schulen haben sich mit vielen Programmen um die Sprachförderung bemüht. Das ging oft langsam, aber diese Dinge brauchen tatsächlich ihre Zeit, und der Erfolg ist bereits sichtbar. Jetzt muss die Schule einen wichtigen mutigen nächsten Schritt machen, nämlich das Zusammenleben aktiv zu moderieren und durch innovative Programme zu fördern.

Heute ist sich die Mehrheit der Schüler mit Migrationshintergrund durchaus dessen bewusst, dass ein Leben in Österreich ohne profunde Deutschkenntnisse nicht möglich ist. Knapp ein Drittel unserer Gesprächspartner ohne Migrationshintergrund findet allerdings, dass ihre Schulkameraden mit Migrationshintergrund nur mangelnde Sprachkenntnisse haben. Allerdings sprechen in der Gruppe der im Rahmen unserer Studie befragten migrantischen Schüler entgegen dieser Wahrnehmung drei Viertel perfekt oder nahezu perfekt Deutsch. Dieses Auseinanderklaffen zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung und objektiver Realität kann auch als Widerspiegelung eines bestimmten gesellschaftlichen Klimas interpretiert werden.

Um mit Sir Karl Popper zu sprechen: Eine offene Gesellschaft hat viele Feinde.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 30.07.2010)

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/584434/index.do>

Proaktiv passiv

Den Verdacht, ÖAAB-Obmann Spindelegger wolle das Sommerloch auch nützen, um von seiner dumpfen Lehrerfraktion abzulenken, wird man nicht leicht los

Man muss nichts gegen die Einwanderung von Ausländern nach Österreich haben, um sich dieses Land im Jahre 2075 auch mit dem Personalstand jener 5,7 Millionen Einwohner als schön ausmalen zu können,

den der ÖAAB-Generalsekretär gestern auf dieser Seite "proaktiv" als nationale Katastrophe an die Wand gemalt hat. Vielleicht sogar viel schöner als mit neun oder zehn Millionen. Und es könnte wahrscheinlich auch funktionieren, wenn man nicht jahrelang eben das verschlampt beziehungsweise bewusst verabsäumt hätte, was nun mit einem Mal jährlich 100.000 qualifizierte Arbeitskräfte anlocken soll.

Die österreichische Bevölkerung müsste nicht überaltert sein, hätte man, statt das Biedermeier-Ideal der Hausfrau zu predigen, möglichst viele Frauen nicht nur in qualifizierte Berufe gebracht, sondern ihnen auch als Müttern die Berufstätigkeit durch ausreichende Kinder- und Schülerbetreuung erleichtert. Verzopfte Familienvorstellungen und männliche Angst vor Konkurrenz haben es verhindert. Österreich müsste keinen Mangel an Fachkräften haben, hätten nicht viele Unternehmen die Ausbildung von Lehrlingen wegrationalisiert. So erfreulich nun der Proaktivitätsanfall von ÖAAB-Obmann Spindelegger aus zivilisatorischen Gründen ist - den Verdacht, er wolle das Sommerloch auch nützen, um von seiner dumpfen Lehrerfraktion abzulenken, wird man nicht leicht los.

Proaktiv wie er ist, entreißt er die Idee einer Rot-Weiß-Rot-Karte dem Schoß des Regierungsprogramms, wo sie seit zwei Jahren schlummerte, in denen die seiner Partei angehörende Polizeiministerin mit ihrem Rehleinaugen-Komplex möglichst viele Ausländer, unabhängig von ihrer Qualifikation, davon zu überzeugen versuchte, sie hätten hier nichts verloren, Einbürgerung und Familiennachzug - nicht einmal denken.

Doch nun soll eine "kriteriengeleitete Zuwanderung" jährlich 100.000 Arbeitskräfte ins Land spülen, die nicht nur punktuell bewertete Deutschkenntnisse, sondern auch Erfahrung exakt in jenen Berufen aufweisen müssen, wo man sie gerade benötigt. Aber warum sollten sie auch kommen? Was von ihnen verlangt wird, ist so weit klar. Was ihnen dafür geboten wird, weit weniger. Der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz hat darauf hingewiesen: Wer attraktiv sein will, muss nicht nur besonders freundlich sein, man muss auch Angebote machen, die mit denen attraktiverer Einwanderungsländer in Übersee und Europa konkurrenzfähig sind.

Nun gehört aber Freundlichkeit gegenüber Ausländern in Gestalt von Arbeitskräften nicht zu den österreichischen Traditionen. Selbst Andeutungen davon verlieren sich rasch, sobald die Rede auf Familiennachzug, Arbeitserlaubnis für den Ehepartner, korrekte Entlohnung, Kinderbetreuung und Staatsbürgerschaft in nicht allzu ferner Zukunft kommt. Der Verdacht, hier solle bloß Nachschub für Lohndumping angelockt werden, muss erst zerstreut werden. Wo Xenophobie unter dem Mantel eines unqualifizierten "Österreich zuerst"-Patriotismus Urständ feiert, vor dem die Koalitionsparteien stets propassiv zurückgewichen sind, sollte man mit 100.000 Qualifizierten erst gar nicht rechnen. (Günter Traxler, DER STANDARD - Printausgabe, 30. Juli 2010)

<http://derstandard.at/1277339236495/Proaktiv-passiv>

Industrie: Commitment zur Lehrlingsausbildung ungebrochen

Utl.: IV-Vize-GS Koren: Hoher Prozentsatz der Unternehmen gehen von Zunahme der Lehrstellen aus - Es geht nicht um mehr, sondern qualifiziertere Zuwanderung =

Wien (OTS/PdI) - "Das Commitment der Industrie zur Lehrlingsausbildung ist ungebrochen", betonte der Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV) Ing. Mag. Peter Koren heute, Mittwoch. Eine aktuelle Umfrage der IV zeige dies deutlich: "Ein hoher Prozentsatz gerade der ausbildungsintensiven Unternehmen geht sogar davon aus, dass die Zahl der Lehrstellen 2010 und 2011 zunehmen wird." Gerade bei diesen Unternehmen, die eine Ausbildung auf hohem Niveau bieten, sei der positive Trend somit ungebrochen. Angesichts von Auftrags- und Produktionsrückgängen im zweistelligen Bereich aufgrund der Krise, sei es der Industrie dennoch gelungen, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere Fachkräfte, zu halten, wie Koren hervorhob: "Wir haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Krise getragen." Auch bei den Lehrlingszahlen war in der Industrie im Krisenjahr 2009

der Rückgang mit einem minimalen Minus im Vergleich zu allen anderen Wirtschaftsbereichen am geringsten! Ein Problem, das allerdings bereits häufig von Unternehmen erwähnt werde, sei die oft mangelhafte Vorbildung der Auszubildenden, wodurch sich die Unternehmen schlichtweg einem zu geringen Angebot an qualifizierten Jugendlichen gegenüber sehen. "Aufgrund des technischen und strukturellen Wandels in der Industrie werden in den Industrielehrberufen hohe Anforderungen gestellt, die derzeit von Schulabsolventen vielfach nicht erfüllt werden können." Maßnahmen wie der verpflichtende **Kindergarten**, Sprachstandfeststellung bei Kindern und die Einführung von Bildungsstandards sollten mittelfristig die Qualität verbessern.

Zu Kritik seitens der Arbeitnehmervertreter am Eintreten der Industrie für die möglichst rasche Einführung der "Rot-Weiß-Rot-Card" hielt Koren einmal mehr fest: "Es geht uns keineswegs um mehr, sondern qualifiziertere Zuwanderung." Bereits jetzt sei Österreich ein Zuwanderungsland, "wer dies leugnet, verschließt die Augen vor der Realität", so Koren. Von den seitens der AK auf einer Pressekonferenz heute erwähnten 500.000 15- bis 19-jährigen seien ebenfalls bereits rund 200.000 Jugendliche mit Migrationshintergrund. "Wir müssen den bereits in Österreich lebenden Migrantinnen und Migranten möglichst Chancengleichheit bieten und für eine funktionierende Integration sorgen. In der Zukunft muss es uns ein Anliegen sein, jene nach Österreich zu holen, die wir auch wirklich am Arbeitsmarkt brauchen." Die Einführung eines kriteriengeleiteten Migrationsmodells durch die "Rot-Weiß-Rot-Card" sei hier der Schlüssel, betonte Koren: "Wir müssen jetzt handeln, wenn wir morgen nicht größere Probleme haben wollen: Bis zu einem Funktionieren eines solchen neuen Systems vergehen Jahre." Zudem sei es eine Fehleinschätzung, dass Migration heimische Arbeitsplätze kosten würde: Besetzungsschwierigkeiten bedeuten, dass zusätzliche Aufträge in der Industrie nicht angenommen werden können. "Wenn also eine Schlüsselposition unbesetzt bleibt, können Positionen auch in der Folge nicht besetzt werden. Restriktionen am Arbeitsmarkt kosten damit Jobs - gerade auch für inländische Arbeitnehmer", betonte der IV Vize-Generalsekretär. Von Lohn- und Sozialdumping könne zudem in der ohnehin "überdurchschnittlich zahlenden Industrie keine Rede sein."

Rückfragehinweis:

IV-Newsroom
Tel.: +43 (1) 711 35-2306
<mailto:info@iv-newsroom.at>
www.iv-net.at/medien

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/112/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Leit: Wirtschaft setzt auf Ausbildung UND qualifizierte Zuwanderung

Utl.: Mangel an Fachkräfte-Nachwuchs und Überalterung Österreichs machen qualifizierte Zuwanderung notwendig =

Wien (OTS/PWK593) - Die Wirtschaft braucht jetzt und vermehrt in Zukunft Fachkräfte und investiert daher massiv in die Ausbildung von Jugendlichen in Österreich. Die Lehrlingsausbildung trägt wesentlich dazu bei, dass Österreich die drittniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU verzeichnet. Rund 130.000 Jugendliche werden derzeit in Österreichs Betrieben ausgebildet.

Allerdings sank zwischen 1993 und 2001 die Zahl der Geburten in Österreich um über 20 Prozent. Daher wird auch die Anzahl der Lehranfänger in den nächsten Jahren sinken - unabhängig von der Konjunktur. Gleichzeitig gehen immer stärkere Jahrgänge (nämlich die Babyboomer der 50er und 60er Jahre) in Pension. Ohne Zuwanderung wird daher die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter hierzulande bald schrumpfen.

WKÖ-Präsident Christoph Leitl: "Ohne Zweifel muss Österreich das Potenzial der in Österreich lebenden Menschen bestmöglich nützen. Das reicht von gezielter Qualifizierung von Arbeitslosen über eine verstärkte Beschäftigung von Älteren bis zur Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund etwa durch Sprachausbildung schon im **Kindergarten**. Auch müssen wir qualifizierte Österreicher und in Österreich studierende Ausländer im Land halten." Derzeit verlassen jährlich um 5.000 Österreicher mehr das Land, als ins Land zurückkehren.

Allein durch bessere Ausbildung kann aber der Bedarf am Arbeitsmarkt weder kurz- noch langfristig gedeckt werden: Österreicher sind oft einfach nicht bereit zu Ausbildungen, die am Arbeitsmarkt gefragt sind: In Tirol und Salzburg werden immer noch Lehrlinge aus den neuen deutschen Bundesländern eingestellt, weil Lehrstellensuchende aus Ostösterreich nicht zu einem Ortswechsel zu bewegen sind. Zudem sinken die Absolventenzahlen von technischen Studienrichtungen in Österreich seit Jahren, obwohl am Arbeitsmarkt Ingenieure gesucht werden.

Die unmittelbar bevorstehende Arbeitsmarktöffnung wird zu keinem Ansturm auf den österreichischen Arbeitsmarkt führen. Experten rechnen mit einer Zuwanderung von 10.000 bis 20.000 Personen, die der heimische Arbeitsmarkt verkraften wird und die positiv auf die Wertschöpfung und Einkommen in Österreich wirken. In Zusammenhang mit Gesprächen über die Rot-weiß-Rot-Card kann aus Sicht der Wirtschaft auch über die Arbeitnehmer-Forderung nach einem Anti-Lohndumping-Gesetz geredet werden.

Langfristig ändert aber weder die Arbeitsmarktöffnung noch eine verbesserte Ausbildung etwas daran, dass Österreich ohne Zuwanderung bis 2075 ein Drittel seiner Einwohner verlieren würde. Selbst mit Zuwanderung geht der Anteil der Jugendlichen und Kinder rasant zurück, während der Anteil der älteren Bevölkerung ansteigt. Leitl: "Wir sollten uns ein Beispiel an Kanada und Australien nehmen und uns trauen, ein Bekenntnis zu einer qualifizierten Zuwanderung abzugeben. Wir sollten uns die Besten aussuchen. Sonst sind aufgrund des Überalterungsprozesses und des Geburtenrückganges die Sozialsysteme massiv unter Druck."

Leitl: "Ausbildung, qualifizierte Zuwanderung und Halten der qualifizierten Menschen in Österreich sind daher die Gebote der Stunde und der kommenden Jahrzehnte." (RH)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit
Dr. Rolf GLEISSNER
Tel.: T:+43 (0)5 90 900 4288, F:+43 (0)5 90 900 3588
<mailto:rolf.gleissner@wko.at>

persönl. Fax: +43 (0)5 90 900 114288

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Koron und Mitterlehner "Die Besten gehen dorthin, wo sie willkommen sind"

derStandard.at

Die von Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) geforderte Zuwanderung von 100.000 Menschen bis 2030 würde einer deutlichen Reduktion gegenüber dem Status ...

Spindelegger: "Müssen realistisch in die Zukunft blicken"

DiePresse.com

Spindelegger: 100.000 Zuwanderer bis 2030

ORF.at

Rot-Weiß-Rot-Card: Koalition will um Migranten werben

DiePresse.com

→ **Alle 119 Artikel »**

Fekter: Kriterien für "Rot-Weiß-Rot-Card" im Herbst "unrealistisch" derStandard.at

"Wir behandeln den Analphabeten aus der Bergregion ganz genau so wie den Maschinenbau-Ingenieur, den wir dringend brauchen." Wien - Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) will den Sozialpartnern noch ein wenig Zeit für die Erarbeitung der Kriterien für ...

Fekter macht Druck auf Sozialpartner ORF.at

Zuwanderung: Grüne für Punktesystem

DiePresse.com

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#) - [Kurier](#) - [Kleine Zeitung](#) - [nachrichten.at](#)

→ **Alle 50 Artikel »**

Bundesasylamt und Asylwerber-Pflichten -

[ORF.at](#)

SPÖ und ÖVP sind sich offenbar weitgehend einig, dass ein Bundesamt für Migration und Asyl geschaffen wird. Das hat die SPÖ schon lange gefordert. ...

Migration: Gemeinden vernetzen sich

[DiePresse.com](#)

Probleme der Migration seien auf Gemeindeebene nicht lösbar. Sieben oberösterreichische Gemeinden mit einem Migrantenanteil von mehr als 13 Prozent - Wels, ...

Amt für Migration: "Das ist schon paktiert" - DiePresse.com

Nach der Sommerpause soll das "Bundesamt für Migration" vom Parlament gesetzlich verankert werden, kündigt Innenministerin Maria Fekter an. ...

FPÖ-Kickl: Nationale Kraftanstrengung bei Bildung und Ausbildung statt ... APA OTS

(Pressemitteilung) - Vor 32 Minuten

Wien (OTS) - "Statt in Österreich alle Hebel in Bewegung zu setzen, eine Offensive im Bereich der Schaffung neuer Lehrstellen zur Sicherstellung von ...

Mödlhammer für rechtzeitige Integrations-Steuerung

Kleine Zeitung - Vor 26 Minuten

Wichtig sei es, Ghetto-Bildung zu verhindern, erklärte er zur APA. Eine Idee des Bürgermeisters der oberösterreichischen Stadt Traun, ...

Strache: Familienpolitik statt Zuwanderung

ORF.at

Zudem, so Strache, müsse man in der Familienpolitik ansetzen. Durch steuerliche Begünstigungen von Familien sollen wieder mehr Menschen Mut zum Kind ...

FPÖ Themessl: Familienpolitik statt Zuwanderungsdiskussion

Vorarlberg Online - Das Nachrichten Portal - 28.07.2010

... „Wenn dauernd betont wird, dass wir zu wenig Kinder haben, dann ist das ein schlagender Beweis für die verfehlte Familienpolitik der Bundesregierung. ...

Strache: Spindelegger erklärt ÖVP-Familienpolitik für gescheitert =

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS) - Mit seinen heutigen Aussagen zum Thema Zuwanderung, habe Außenminister Spindelegger die ÖVP-Familienpolitik zu Grabe

ZUR DISKUSSION

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin) plädiert für Ausbau der Kinderbetreuung

30. Juli 2010

Mehr Kindergeld oder mehr Kitas?

Berlin – Eine bessere Betreuung für Kinder von arbeitenden Frauen würde sowohl zu einer höheren Erwerbstätigkeit als auch zu mehr Geburten führen – allerdings nur bei kinderlosen Frauen. Das DIW Berlin hat in einer neuen Studie die Auswirkungen einer Erhöhung des Kindergeldes mit einem Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung für Kinder von arbeitenden Mütter verglichen. „Mehr Kindergeld würde nur die Geburtenzahl erhöhen, aber nicht die Erwerbstätigkeit von Frauen“, sagt Peter Haan, Autor der Studie.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist seit einiger Zeit eines der wichtigsten familienpolitischen Ziele. Dadurch soll sowohl die Erwerbstätigkeit von Frauen als auch die Geburtenrate erhöht werden. Peter Haan, DIW-Experte für Familienpolitik sagt aber: „Mehr Erwerbstätigkeit von Frauen und mehr Geburten sind eigentlich zwei verschiedene Ziele. Und es ist nur schwer möglich, beide gleichzeitig zu fördern.“

Gemeinsam mit seiner Kollegin Katharina Wrohlich hat er die Auswirkungen zweier verschiedener politischer Maßnahmen untersucht: Erstens eine Erhöhung des Kindergelds für Kinder bis drei Jahre um 20 Prozent. Zweitens ein Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung, so dass jedes Kind bis zum Alter von drei Jahren von arbeitenden Müttern die gewünschte Betreuung bekäme. Beide Maßnahmen hätten nach den Erkenntnissen der DIW-Forscher höchst unterschiedliche Auswirkungen.

Mehr Kindergeld = Mehr Kinder

Durch eine Erhöhung des Kindergelds würde die Geburtenwahrscheinlichkeit insgesamt gering gesteigert. Etwas stärker wäre dieser Effekt bei Frauen, die bereits Kinder haben und bei Frauen mit niedrigem Bildungsniveau. Allerdings hätte diese Maßnahme keine Auswirkungen auf die Beschäftigung. „Das erhöhte Kindergeld würde an arbeitende und nicht arbeitende Mütter gleichermaßen gezahlt“, erklärt Peter Haan. „Insofern war hier auch kein erhöhter Arbeitsanreiz zu erwarten.“ Tatsächlich ginge die Erwerbstätigkeit durch das höhere Kindergeld sogar leicht zurück.

Mehr staatliche Kinderbetreuung = Mehr arbeitende Frauen

Bei Frauen mit kleinen Kindern unter drei Jahren würde bei einem Ausbau der Ganztagsbetreuung die Erwerbstätigkeit merklich steigen. „Besonders Frauen mit hohem Bildungsniveau würden bei mehr Betreuung auch wieder mehr arbeiten“, sagt Peter Haan. Ein Ausbau der Ganztagsbetreuung hätte aber noch einen zweiten Effekt: Bei bisher kinderlosen Frauen würde zusätzlich die Geburtenwahrscheinlichkeit ansteigen. Insofern ist ein Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung für die DIW-Forscher die bessere Wahl: „Nur durch den Ausbau der Betreuung erreicht man diesen doppelt positiven Effekt.“ Außerdem würde die erhöhte Erwerbstätigkeit von Frauen den Ausbau der Kinderbetreuung zumindest teilweise

refinanzieren – der Ausbau wäre damit günstiger als die Erhöhung des Kindergeldes.

<http://www.s-o-z.de/?p=27281>

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

PH-Online

Internationales Symposium „Selbstständigkeit durch Selbsttätigkeit“, das von Freitag 19.11.2010., 15.00 Uhr bis Samstag 20.11.2010, 14.00 Uhr an der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Graz

Kindergarten und Schule müssen den Ansprüchen der Gesellschaft gerecht werden ohne die Bedürfnisse des Kindes zu vernachlässigen. Um dem Leitgedanken der Bildungsinstitutionen, nämlich auf das Leben vorzubereiten und beste Voraussetzungen für eine Lebenstüchtigkeit zu schaffen, gerecht zu werden, müssen Grundkompetenzen in einer sorgsam Weise begleitet werden. Was steckt hinter dem Ziel Lebenstüchtigkeit?: u.a. Verantwortung übernehmen, Initiative zeigen, Teamfähigkeit leben können, Selbstorganisation und persönliches Zeitmanagement. Alles Eigenschaften, die wir im alltäglichen Sprachgebrauch unter „Selbstständigkeit“ subsumieren.

Innerhalb einer Forschungsarbeit von Dr. Michaela Kapfer-Buchberger wurden Begriffe wie Selbsttätigkeit, Selbststeuerung, Selbsterziehung, Selbstständigkeit, Handlungsorientierung und die „Arbeit des Kindes“ im Dienste seines Selbstaufbaus beforscht. Eines kann vorweg genommen werden:

„Selbsttätigkeit kann lernpsychologisch bedeutungsvoll sein, aber für die Selbstständigkeit nur wenig bewirken, wenn Selbststeuerung und Selbsterziehung in Schule und Unterricht nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt werden....auch der Begriff Handlungsorientierung ist eine intensive Betrachtung wert, zumal wenn er nur als aktivitätsreicher Unterricht verstanden wird, kaum Handlungskompetenz abgeleitet werden kann.“(Kapfer-Buchberger)

Davon geht das Symposium der KPH Graz **„Selbstständigkeit durch Selbsttätigkeit“ am 19./20. November 2010** aus. Es stellt Erziehungs- und Unterrichtskonzeptionen, die sowohl den Wissenserwerb als auch die Bereitschaft und die Fähigkeit Verantwortung zu übernehmen vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe I in den Mittelpunkt.

Der schwierigen Frage „Ist eine „kindgerechte“ Schule auch eine „gute“ Schule? geht Dr. Peter Fauser, Sprecher der Jury für den Deutschen Staatsschulpreis, nach. Er wird auf die Bedeutsamkeit qualitätsrelevanter Merkmale von Einzelschulen eingehen. Denn die Unterschiede von Schule zu Schule sind wesentlich relevanter als die Unterschiede zwischen Schulsystemen bzw. Schulformen. (vgl.Fauser)

Das Symposium der KPH Graz möchte alle PädagogInnen ansprechen, welche sich mit dem Tätigkeitsdrang und dem Eifer der Kinder, selbstaktiv sein zu wollen, auseinandersetzen und damit in eine ernsthafte vielseitige Auseinandersetzung treten möchten. Zu diesem Symposium wird eine Publikation mit gleichnamigem Titel erscheinen und kann vorort käuflich erworben werden.

Weitere Auskünfte: rosa.weingartmann@kphgraz.at ,

- Programm ([PDF, 1.5MB](#))
- Workshopübersicht ([PDF, 74KB](#))
- [Online-Anmeldung](#)

Mag. Dr. Susanne Herker, susanne.herker@kphgraz.at
Leiterin des Instituts für innovative Pädagogik/Inklusion
Kirchliche Pädagogische Hochschule Graz
Lange Gasse 2/3. Stock,
8020 Graz
www.susanne.herker.at
www.kphgraz.at
T: +43 316 581670 - 14
F: +43 316 581670 11

Forum „Frühe Bildung“ der PH Steiermark: Kindergarten und Schule - Jahresprogramm 2010/2011

Institut 3, Vorschulstufe und Grundstufe: Fort- und Weiterbildung
Maria Monschein, maria.monschein@phst.at
Mag. a Lisa Reicher Pirchegger, lisa.reicher@phst.at
Institutsleiterin: Mag.a Dr.in Andrea Holzinger, andrea.holzinger@phst.at
Pädagogischen Hochschule Steiermark
Hasnerplatz 12, 8010 Graz

➔ Siehe pdf-Beilage „jahresprogramm...“

KPH Wien-Krems: Der Übergang von elementaren Bildungseinrichtungen zur Schule –Bildungspläne und Ausbildungskonzepte

Freitag, 19. November 2010, 13.00 - 17.00 Uhr, Campus Wien – Strebersdorf, 1210,
Mayerweckstraße 1

➔ Siehe Word-Beilage „Einladung Tagungsavisos 2010“

Lehrveranstaltung der PH Wien: Bewegung - Eine Reise von globalen Aspekten bis hin zu Einflüssen auf die Entwicklung des Kindes

Datum: 28.1.2011 * 9:30 - 17:00 Uhr
Ort: Pädagogische Hochschule Wien, Raum It. Aushang, Grenzackerstraße 18/Eingang
Ettenreichgasse 45a, 1100 Wien

➔ Siehe pdf-Beilage „ph_seminar“

BEHINDERTE MENSCHEN

Menschenrechtssituation von behinderten Menschen in Österreich

Stellungnahme für die Universelle Menschenrechtsprüfung in Österreich In einer fünfseitigen Stellungnahme, die den Vereinten Nationen in Genf übermittelt wurde, nehmen SLIÖ und das Netzwerk Selbstvertretung die Menschenrechtssituation von behinderten Menschen in Österreich kritisch unter die Lupe.

<http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=11507>

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Vereinbarung gemäß
Art. 15a B-VG über die
Einführung der
halbtägig kostenlosen
und verpflichtenden
frühen Förderung in
institutionellen
Kinderbetreuungseinrichtungen.

Bundesländerübergreifender
BildungsRahmenPlan
für elementare
Bildungseinrichtungen
in Österreich -
Endfassung, August
2009

Bildungsplan-Anteil
zur sprachlichen
Förderung in
elementaren
Bildungseinrichtungen
Aktualisierte Version,
Juni 2009

Bildungspläne für
Elementarpädagogische
Einrichtungen in
Österreich

Empfehlungen der
ExpertInnen-Gruppe
vom 18.12.2009 zur
PädagogInnen-
Ausbildung Neu

BILDUNGSPOLITIK

Deutschland: Kontroverse Diskussion um mehr Bundeskompetenz bei der Bildung

Berlin — Mit ihrem Vorstoß für ein bundesweit einheitliches Schulgesetz und mehr Kompetenzen des Bundes bei der Bildungsfinanzierung hat Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) eine kontroverse Debatte ausgelöst. Politiker von FDP und SPD begrüßten am Freitag die Vorschläge teilweise. Baden-Württembergs Kultusministerin Marion Schick (CDU) lehnte sie dagegen als unnütz ab.

Löhrmann hatte am Donnerstag in einem Interview eine Bundesratsinitiative der neuen rot-grünen nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Durchsetzung eines Bundes-Schulgesetzes angekündigt. Damit sollten "zentrale Anforderungen an das Schulsystem" wie inhaltliche Lernziele bundesweit festgeschrieben werden. Bislang liegt die Bildungshoheit laut Grundgesetz ausschließlich bei den 16 Bundesländern, diese kooperieren aber bei der Formulierung gemeinsamer Bildungsstandards. Löhrmann plädierte auch für eine Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbots. Es verbietet dem Bund, Ländern mit Investitionsprogrammen für das Bildungssystem unter die Arme zu greifen. Die umstrittene Regelung war 2006 von der großen Koalition aus CDU und SPD im Grundgesetz verankert worden.

Das Kooperationsverbot sei ein "Riesenfehler" gewesen und sollte aufgehoben werden, sagte die Vizechefin der FDP-Bundestagsfraktion, Ulrike Flach, der Zeitung "Die Welt". Auch der

ehemalige FDP-Außenminister Klaus Kinkel riet seiner Partei dazu, eine Gesetzesänderung zu unterstützen. Das Verbot sei gut gemeint gewesen, habe sich in der Praxis aber als Bremse für Verbesserungen im Schulsystem erwiesen. Unterstützung signalisierte auch der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ernst Dieter Rossmann, in der "Welt". Löhrmann habe in der Frage des Kooperationsverbots seine "vollste Zustimmung".

Baden-Württembergs Kultusministerin Schick warnte hingegen vor einer Abschaffung des Kooperationsverbots. Die Befürworter dieses Schrittes wollten den Menschen offenbar weißmachen, in diesem Fall flösse vom Bund "unendlich viel Geld" ins Bildungssystem und "per Knopfdruck wäre die Qualität in allen Bundesländern gleich", sagte die CDU-Politikerin im Deutschlandfunk. Das sei aber eine Illusion. Die zwischen den Ländern bestehenden Qualitätsunterschiede ließen sich nicht durch die Abschaffung des Kooperationsverbots beseitigen, sondern nur durch jahrelange Anstrengungen.

Auch die Forderung nach einem bundesweiten Schulgesetz lehnte Schick als nutzlos ab. Im Rahmen der Kultusministerkonferenz vereinheitlichten die Länder bereits ihre Bildungsstandards. Eine Verlagerung auf den Bund habe dagegen keinerlei Vorteile, sagte sie: "Ich weiß nicht, woher die Hoffnung kommt, dass bundeseinheitliche Kompetenz gleichzusetzen wäre mit Qualitätsverbesserung." Qualität lasse sich auch zentral nicht einfach gesetzlich verordnen. Um dieses Ziel in der Praxis zu erreichen, seien vielmehr die einzelnen Länder gefordert.

http://www.google.com/hostednews/afp/article/AleqM5h9WG9n_hZNuapKgATxczgL9BGtyO

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

Mödlhammer: Sind an Grenzen der Belastbarkeit

derStandard.at

"Für uns ist es ganz wichtig, dass die Probleme Pflege und Kinderbetreuung gelöst werden", so Mödlhammers Forderung an die Regierung. ...

Gemeinden sind an den Grenzen der Belastbarkeit

Wiener Zeitung

➔ [Alle 16 Artikel](#) »

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Land Kärnten plant im Herbst "Elternführerschein"

derStandard.at

Klagenfurt - In Kärnten soll noch im Herbst dieses Jahres ein "Elternführerschein" für (auch werdende) Eltern in Kärnten angeboten werden. ...

[Familie: Kärnten führt Elternführerschein ein](#) DiePresse.com

[Alle 18 Artikel »](#)

LR Ragger: Jugendwohlfahrt ist Brennpunkt der Sozialpolitik

APA OTS (Pressemitteilung) - 28.07.2010

Noch heuer will Ragger auch einen "Elternführerschein" einführen. Damit können Eltern pädagogische Ausbildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen, diese sollten ...

Immer mehr Problemfamilien

ORF.at

Ab Herbst soll es einen sogenannten Elternführerschein geben - nicht verpflichtend, sondern freiwillig. Und das Land verspricht dafür Geld.

"Ich bin auch noch da!"

Zeitjung

... nicht bei der Wertevermittlung verzweifeln, plädiert der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann für einen „Elternführerschein“, der Eltern verpflichtet, ...

"Eltern lernen ihr Kind zu verstehen"

Badische Zeitung

BZ-INTERVIEW mit Carola Basten und Elisabeth Baumstark-Biehl vom Verein Donum vitae über den neuen Elternführerschein. Alle Eltern wollen gute Eltern sein. ...

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Neues Gesetz über u.A. die Anerkennung von fremden Berufsausbildungen und –qualifikationen zum Kinderbetreuungsgesetz 2007

51. Gesetz vom 7. Juli 2010 über die Anerkennung von fremden Berufsausbildungen und -qualifikationen (Salzburger Berufsamerkennungsgesetz – S.BAG) und zur Änderung des Salzburger Landesbeamtengesetzes 1987, des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes 2000, des Magistrats-Beamtinnen- und Magistrats-Beamtengesetzes 2002, des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2001, des **Kinderbetreuungsgesetzes 2007**, des Tierzuchtgesetzes 2009, der Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1991, des Jagdgesetzes 1993, des Berufsjägergesetzes, des Fischereigesetzes 2002, des Schischul- und Snowboardschulgesetzes, des Bergführergesetzes, des Tanzschulgesetzes, des Gesetzes über die Tätigkeit der Buchmacher und Totalisateure, des Fiakergesetzes, des Höhlengesetzes, des Gemeindeganitätsgesetzes und des Sozialbetreuungsberufesgesetzes

→ <http://service.salzburg.gv.at/publix/Index?cmd=dokumentansehen&prodextern=true&veroeffentlichungid=3039&gruppeldap=lgb1>

Änderung des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes 2007

Das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz 2007, LGBl Nr 41, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl Nr 20/2010, wird geändert wie folgt:
1. § 20 Abs 4 lautet:

„(4) Auf die Anerkennung von fremden Berufsausbildungen und -qualifikationen findet das Salzburger Berufsamerkennungsgesetzes (S.BAG) Anwendung. Die Anforderungen nach Abs 1 entsprechen dem Qualifikationsniveau gemäß § 3 Abs 1 Z 3 lit a sublit bb S.BAG (außeruniversitäres Diplom/besonders strukturierte Ausbildung).“

2. Im § 69a, dessen bisheriger Wortlaut die Absatzbezeichnung „(1)“ erhält, wird angefügt:

„(2) § 20 Abs 4 dient der Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, ABI L 16 vom 23. Jänner 2004;
2. Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, ABI L 158 vom 30. April 2004, berichtigt durch ABI L 229;
3. Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, ABI L 304 vom 30. September 2004;
4. Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABI L 255 vom 30. September 2005, in der Fassung der Richtlinie 2006/100/EG, der Verordnungen der Kommission (EG) Nr 1430/2007, (EG) Nr 755/2008 und (EG) Nr 279/2009, der Verordnung (EG) Nr 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Berichtigungen ABI L 271 vom 16. Oktober 2007, L 93 vom 4. April 2008, und L 33 vom 3. Februar 2009.“

3. Im § 71 wird angefügt:

„(3) Die §§ 20 Abs 4 und 69a in der Fassung des Gesetzes LGBl Nr 51/2010 treten mit 1. August 2010 in Kraft.“

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Väter-Debatte - Steirer-FP fordert: Kinderrechte sollen in die ...

Krone.at

"Die UN-Kinderrechte sind bereits in der nieder- und oberösterreichischen Verfassung verankert – warum nicht in der Steiermark?", fragt sich Martin Steiner ...

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERGVorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIENWien: www.wien.gv.at

Meldungen:**VP-Riha: Elternbildung auch in Wien fördern und ausbauen**

Wien (OTS) - Anlässlich der aktuellen Debatte über den Schutz von Kindern wiederholt ÖVP Wien Gemeinderätin Monika Riha ihre Forderung nach Ausbau und Förderung der Elternbildung in Wien. "Wenn wir Konflikte und Krisen in den Familien wirksam bekämpfen wollen, dann müssen wir in die Elternbildung investieren. Das ist die beste und wirksamste Präventionsarbeit, die man leisten kann. Die Rathausverantwortlichen müssen das endlich erkennen und diese Arbeit aktiv unterstützen", betont die VP-Gemeinderätin. Konkret fordert Riha die Erarbeitung eines Kurs- und Coachingprogramms für Wiens Eltern und Erziehungsberechtigten. Wirtschaftliche Anreize zum Belegen dieser Kurse sollen ebenfalls eingeführt werden. Der Besuch derartiger Kurse soll mit bis zu 100 Euro gefördert werden. "Gemeinsam mit privaten Trägern soll ein inhaltlich und pädagogisch umfassendes Angebot geschaffen werden, mit dem wir so viele Väter und Mütter wie möglich erreichen können. Mit der vorgeschlagenen Förderung von bis zu 100 Euro wird ein wichtiger Anreiz geschaffen", erklärt sie dazu.

Die VP-Gemeinderätin verweist in diesem Zusammenhang auf das große Interesse, das bereits jetzt an Elternbildung und Elterncoaching besteht. "Alle Anbieter dieser Kurse werden bestätigen, dass der Bedarf gegeben ist. Andere Bundesländer gehen nun dazu über, diese Arbeit aktiv zu fördern. Es wird höchste Zeit, dass sich Wien diesem Trend anschließt", betont Riha.

"Elternbildung ist die beste familiäre Präventionsarbeit! Und gerade in einem Ballungsraum wie Wien kommt dieser Präventionsarbeit eine große Bedeutung zu. Die Zeit für eine aktive Förderung ist reif", so Riha abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien

Tel.: T: (+43-1) 4000/81 913, F:(+43-1)4000/99 819 60

presse.klub@oevp-wien.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

→ **Träger Elternbildung in Wien:** <http://www.elternbildung.at/eb/service/adressen/elbiOrganisationen.php>

Elternbildung - SP-Vettermann: "Wien baut Elternschulungen laufend aus"

Utl.: Schulungen für Eltern sind seit Jahren fixer Bestandteil des Angebots der MAG ELF =

Wien (OTS/SPW-K) - "Elternschulungen sind in der Stadt Wien nichts Neues und werden derzeit massiv ausgebaut", erwidert der Vorsitzende des Jugendausschusses, SPÖ-Gemeinderat Heinz Vettermann auf Forderungen von VP-Gemeinderätin Riha. Die MAG ELF habe immer schon Präventionsangebote gesetzt und ausgebaut. Zuletzt wurden die Angebote der Eltern-Kind-Zentren der MAG ELF evaluiert und Neuerungen eingeführt. "Wien setzt dabei auf neue Wege, beispielsweise auf neue, kleine Elterntrainingsgruppen und nicht auf 'mehr vom selben'. Die MAG ELF erweitert zudem laufend das Informationsangebot für Familien. Zurzeit wird das '1x1 der Erziehung' erarbeitet", sagt Vettermann.

Die Stadt Wien fördert zudem private Anbieter, wie z.B. das EKZ Gilgegasse, den Verein Kind & Kegel oder Nanaya, die ebenfalls in der Elternbildung und Elternberatung ein vielfältiges Angebot haben. Für bereits intensivere Beratung gibt es vier Familienberatungsstellen, wo SozialarbeiterInnen, JuristInnen, PsychologInnen und RechtsvertreterInnen kostenlos Einzelberatung für Familien anbieten.

"Wir sind auch in diesem Bereich dabei, Gutes noch besser zu machen", sagt Vettermann. Die Notwendigkeit eines finanziellen Anreizes sieht der SPÖ-Gemeinderat aktuell nicht.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

SPÖ-Klub Rathaus, Presse

Thomas Kluger

Tel.: (01)4000-81941,F:(01)5334727-8194

thomas.kluger@spw.at

<http://www.rathausklub.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VP-Leeb zu Diakonie: "Zustände der Wiener Schulsozialarbeit ...

APA OTS

... Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Jugendwohlfahrtsgesetz begrüßt ÖVP-Stadträtin Isabella Leeb die heutigen klaren Worte der Diakonie Österreich: ...

→ **Siehe dazu: Diakonie zu Jugendwohlfahrt: Investitionen in Kinder und Jugendliche zahlen sich aus!**

AVISO: "HEISSER HERBST mit der BKHW" 6. Oktober 2010 - 18:30

[Dschungel Wien](#)

Museumsplatz 1

A-1070 Wien

eingeladen sind die Vorsitzenden der wahlwerbenden Parteien.

→ Siehe auch: <http://www.bkhw.at>

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Fachtagung über die Bedeutung von Forschung und Ausbildung für die Vorschulpädagogik: VON DER KINDERGARTENTANTE ZUM BACHELOR OF EDUCATION

Termin	05.10.2010
Uhrzeit	08:30 - 17:00
Aufbau	Vorträge und Workshops
Veranstaltungsort	SiemensForum Wolfgang Pauli Straße 2 4020 Linz

→ [Tagungsfolder](#)

→ Weitere Informationen: http://www.pga.at/kurseveranstaltungen/detailansicht.html?tx_ewuseminare_pi1%5Bid%5D=12855&cHash=67abed82ce

E-Mail: office@pga.at Homepage: <http://www.pga.at/>

ELTERNBILDUNG

→ [Siehe dazu auch VP-Riha: Elternbildung auch in Wien fördern und ausbauen](#)

FAMILIENPOLITIK

Immer mehr Problemfamilien - Jugendwohlfahrt braucht mehr Geld

→ <http://oe1.orf.at/artikel/251561>

JUGENDWOHLFAHRT

Diakonie zu Jugendwohlfahrt: Investitionen in Kinder und Jugendliche zahlen sich aus!

Mangelnde Betreuung und Hilfe erzeugt später hohe soziale Kosten

„Kinder und Jugendliche und ihre Familien brauchen Unterstützung und Hilfen, die nicht nur im äußersten Krisenfall einsetzbar sind, sondern vor allem in der Prävention greifen und besonderen familiären Belastungen vorbeugen“, weist Diakonie-Direktor Michael Chalupka, anlässlich der steigenden Probleme in Familien, auf die notwendigen Gegenmaßnahmen hin.

11.000 Kinder sind bei Pflegeeltern oder in Wohngemeinschaften untergebracht, 27.000 wurden zuhause in ihren Familien betreut. Das sind um vier Prozent mehr als 2008, so der Jugendwohlfahrtsbericht des Familienstaatssekretariats.

„Es geht hier nicht nur um Kosten“, betont Diakonie Sozialexperte Martin Schenk, „sondern um Investition in die Zukunft der Kinder und der Gesellschaft. Mangelnde Betreuung und Hilfe erzeugt Kosten anderswo, wenn die Jugendlichen keinen Job finden, in schlechte Verhältnisse oder Kriminalität abdriften oder ein höheres Krankheitsrisiko entsteht.“

Für ein neues und gutes Jugendwohlfahrtsgesetz braucht es die verbindliche Umsetzung bundesweit einheitlicher Qualitätsstandards. Notwendig ist auch die Erweiterung der Betreuungsmöglichkeiten für junge Menschen über das 18. Lebensjahr hinaus, das 4-Augen Prinzip sowie die Umsetzung der UN-Konvention über die Kinderrechte in Österreich, betont Schenk.

Die Diakonie weist darauf hin, dass eine Fachkraft allein nicht entscheiden kann, ob ein Kind gefährdet ist, oder nicht. Dafür werden zwei Personen und vier Augen benötigt. Dieses Vier-Augen-Prinzip wurde von einem verbindlichen Qualitätsstandard zu einer ‚Kann-Bestimmung‘ herabgestuft. Zudem brauchen viele sozial benachteiligte Jugendliche Begleitung und Betreuung über das 18. Lebensjahr hinaus. Auch in einer Familie endet die Sorge und Unterstützung nicht einfach mit dem achtzehnten Geburtstag.

Für ein neues Jugendwohlfahrtsgesetz braucht es:

- Bundesweit einheitliche Qualitätskriterien und Qualitätssicherung
- Vier-Augenprinzip bei der Gefährdungsabklärung
- Fortsetzung von Betreuungen auch über 18 Jahre hinaus
- Einheitliche Standards bei der Informationsweitergabe und interdisziplinären Kooperation, Nahtstellenmanagement
- Integrierung der UN Konvention über die Rechte des Kindes

Die Diakonie ist in der Unterstützung und Hilfe von Kindern in Wohngemeinschaften, Elternprojekten und ambulanten Unterstützungsmaßnahmen engagiert. So zum Beispiel mit dem Pilotprojekt „Mum Talk“ oder der Elternakademie. Bei „Mum Talk“ steht der Aufbau einer sicheren Bindungsbeziehung zwischen Mutter und Kind als einem der wichtigsten Schutzfaktoren für die kindliche Entwicklung im Mittelpunkt. Eltern werden dabei begleitet, die Bedürfnisse und Signale ihrer Kinder zu erkennen und zu verstehen.

http://www.diakonie.at/goto/de/presse_service/presstexte/diakonie-zu-jugendwohlfahrt_-investitionen-in-kinder-und-jugendliche-zahlen-sich-aus_

KINDERGARTEN

Rheinland-Pfalz: Kostenloser Kindergarten erbst Nachbarland

WELT ONLINE - Vor 11 Stunden

Hessen ist sauer über den kostenlosen Kindergarten für Zweijährige in Rheinland-Pfalz. "Während wir sparen, finanzieren unsere Nachbarn mit unserem Geld aus ...

[Rheinland-Pfalz verärgert Hessen wegen Finanzen](#) BILD

["Hessen muss zahlen" Zoff um Gratis-Kitas im Nachbarland](#) hr online

[Ad-Hoc-News \(Pressemitteilung\)](#)

[Alle 25 Artikel »](#)

Kindergarten beitragsfrei

bildungsklick.de - 30.07.2010

Zum 1. August wird in Rheinland-Pfalz – als erstem Bundesland – für alle Kinder der Besuch des Kindergartens ab dem zweiten Geburtstag beitragsfrei. ...

[Rheinland-Pfalz: Zweijährige jetzt gratis in die Kita - mit Rechtsanspruch](#) Rhein Zeitung

[Rheinland-Pfalz Kostenlose Kita-Plätze sorgen für Zwist](#) FOCUS Online

[Alle 177 Artikel »](#)

PÄDAGOGEN/INNEN

Baden-Württemberg: Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge

Kultusministerin Marion Schick: Neue Lehrerausbildung ist zukunftsweisend und bereitet Lehrerinnen und Lehrer optimal auf die veränderten Anforderungen vor - 28.07.2010 „Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungswesens ist es unerlässlich, die Lehrerbildung kontinuierlich qualitativ weiterzuentwickeln. Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer tragen entscheidend zum Bildungserfolg junger Menschen bei.

Deshalb werden wir das Lehramtsstudium künftig noch stärker an der schulischen Praxis orientieren und bildungswissenschaftliche Aspekte stärker in den Vordergrund rücken. Wir passen damit die Studiengänge den veränderten Anforderungen an und bereiten die Lehrerinnen und Lehrer umfassend auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vor.“ Das erklärte Kultusministerin Marion Schick am Mittwoch (28. Juli 2010) in Stuttgart. Der Ministerrat hatte in der vergangenen Sitzung der Neustrukturierung der Studiengänge für die Lehramter für Grundschule, Haupt-, Werkreal- und Realschule sowie Sonderpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg zum Wintersemester 2011/12 zugestimmt.

Anforderungsprofile der Schularten haben sich stark gewandelt

„Die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer in einzelnen Schularten haben sich aus pädagogischer Sicht in den vergangenen Jahren deutlich auseinander entwickelt und unterschiedliche Anforderungsprofile hervorgebracht“, erläuterte die Ministerin. Aus diesem Grund wird die gemeinsame Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrern ersetzt durch einen neuen Studiengang für die Grundschule sowie einen für Haupt-, Werkreal- und Realschule. Eingerichtet werden die neuen Studiengänge an den Pädagogischen Hochschulen zum Wintersemester 2011/12.

„Der Grundschule kommt eine bedeutende Rolle zu, sie bildet das Fundament für die weitere Bildungsbiografie jedes einzelnen Kindes“, hob die Ministerin hervor. Das Klassenlehrerprinzip erfordert eine breit angelegte Ausbildung mit klaren fachdidaktischen Schwerpunkten. „Insbesondere der immer stärker mit der Grundschule verzahnte vorschulische Bereich bringt für die Lehrerinnen und Lehrer neue Aufgaben mit sich, die zusätzliche Qualifikationen erfordern“, betonte Schick. Gleiches gelte für Lehrerinnen und Lehrer an den Haupt-, Werkreal und Realschulen, die im Bereich der Förderung wie auch in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, bspw. im Rahmen der Berufsorientierung, stark gefordert seien. Zusätzliche Schwerpunkte in beiden Studiengängen seien vor diesem Hintergrund die Diagnose- und Förderkompetenz sowie die schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung in allgemeinen Schulen. „Wir werden allen Lehrerinnen und Lehrer das nötige Rüstzeug mitgeben, um erfolgreich die Herausforderungen des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern meistern zu können“, kündigte Schick an.

Einsatzorte und Aufgabengebiet der Sonderschullehrerinnen und -lehrer haben sich bereits in den vergangenen Jahren stark verändert und erweitert. „Die geplante Weiterentwicklung der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Kompetenzzentren und der Ausbau des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht behinderter Kinder an allgemein bildenden Schulen bringt auch für die Sonderschullehrkräfte große Veränderungen mit sich. Deshalb

legen wir künftig die Ausbildung viel breiter an als dies bisher der Fall ist“, erläuterte die Ministerin. „Die bisherige Fokussierung auf den Einsatzort Sonderschule gehört der Vergangenheit an.“ Das Lehramt Sonderschule wird umbenannt in „Lehramt Sonderpädagogik“. Es kann weiterhin an den Pädagogischen Hochschulen in Heidelberg und Ludwigsburg/Reutlingen studiert werden.

Verlängerung der bisherigen Studiendauer

Die Lehramtsstudiengänge für Grundschule, Haupt-, Werkreal- und Realschule haben künftig eine Regelstudienzeit von jeweils acht Semestern. Derzeit sind die Studiengänge beim Lehramt für Grund- und Hauptschulen mit einer Regelstudienzeit von sechs und beim Lehramt Realschule mit einer Regelstudienzeit von sieben Semestern aufgeteilt. Die Regelstudienzeit für das Lehramtsstudium Sonderpädagogik wird von acht auf neun Semester erhöht. „Mit der Verlängerung der bisherigen Studienzeiten schaffen wir den Spielraum, um den deutlich gewachsenen Anforderungen an zukünftige Lehrerinnen und Lehrer Rechnung zu tragen“, betonte Schick.

Persönliche Eignung für Lehrerberuf im Fokus

„Abiturientinnen und Abiturienten sollen künftig schon vor der Aufnahme des Studiums ein hohes Maß an Gewissheit über ihre Eignung für den Lehrerberuf haben“, so Schick. In allen Lehramtsstudiengängen sollen die Studierenden deshalb künftig während oder nach dem ersten Semester ein mindestens zweiwöchiges Orientierungspraktikum an den Schulen absolvieren, um ihre Berufswahl zu reflektieren. Statt der bisherigen Tages- und Blockpraktika findet im 3. oder 4. Studiensemester zudem eine längere begleitete Praxisphase im Umfang von bis zu einem Semester statt. Diese soll den Studierenden ermöglichen, das weitere Studium zielgerichtet auf die Schulpraxis hin anzulegen.

Künftige Schwerpunkte in den einzelnen Studiengängen

Im künftigen Studiengang Lehramt an Grundschulen soll neben dem Studium der Bildungswissenschaften eine breite fachliche und fachdidaktische Qualifikation in den grundschulrelevanten Kompetenzbereichen vermittelt werden. Dabei sind der Kompetenzbereich Deutsch einschließlich Deutsch als Zweitsprache und der Kompetenzbereich Mathematik verpflichtend. Elementarpädagogik und der Anfangsunterricht werden besonders berücksichtigt, eine Grundqualifikation im musisch-ästhetischen Bereich und in der Bewegungserziehung ist Pflicht. Die Studentinnen und Studenten wählen darüber hinaus zwei weitere Kompetenzbereiche, z.B. Englisch, Naturwissenschaft und Technik, Sport und Gesundheit, die ästhetisch-musikalische Bildung oder Religion.

Für das Lehramt an Haupt-, Werkreal- und Realschulen sollen künftig drei Fächer studiert werden. Eines der Fächer muss Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch, Physik, Chemie oder Technik sein. Zudem umfasst das Studium den bildungswissenschaftlichen Bereich, in dem auch der Übergang in den Beruf behandelt wird. Absolventinnen und Absolventen dieses Lehramts können nach der zweiten Staatsprüfung sowohl in der Haupt-, Werkreal- und Realschule als auch künftig in beruflichen Schulen, die zum mittleren Bildungsabschluss führen, unterrichten.

Das Studium Lehramt Sonderpädagogik wird grundständig angelegt, d.h. dass die Lehrangebote in den Bildungswissenschaften, den Kompetenzbereichen und den Fächern von Beginn an durch sonderpädagogische Lehrangebote ergänzt werden sollen. Neben der inhaltlichen Erweiterung der sonderpädagogischen Qualifikation ist eine fundierte Anknüpfung an die Kompetenzbereiche und Fächer des Grundschullehramts und des Haupt-, Werkreal- und Realschullehramts geplant.

Quelle: [Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg](#)

<http://www.teachersnews.net/artikel/nachrichten/regionales/018159.php>

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

BERICHTE ÜBER MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

→ 10 Jahre Online-Handbuch "Kindergartenpädagogik" - 2000 – 2010

→ *sismik PLUS - Dokumentation der Sprachentwicklung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache*

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Mitgliederliste

→ Diakonie zu Jugendwohlfahrt: Investitionen in Kinder und Jugendliche zahlen sich aus!

NEUE MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE



**Dipl.-Päd.
Anke KARBER**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am [Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft](#) der Karl-Franzens-Universität Graz

Kontakt:

Strassoldogasse 10/
8010 Graz

Tel.: +43 (316) 3808040

E-Mail: anke.karber@uni-graz.at

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

BIFIE-Report 5/2010 zur Evaluation des Projekts "Frühe sprachliche Förderung im Kindergarten" online verfügbar

Der BIFIE-Report 5/2010 zur Evaluation des Projekts "Frühe sprachliche Förderung im Kindergarten" ist jetzt online und in PDF-Form erschienen.

[Stanzel-Tischler, E \(2010\). Evaluation des Projekts "Frühe sprachliche Förderung im Kindergarten". Erfahrungen und Einschätzungen von Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen im Mai/Juni 2009. BIFIE-Report 5. Graz: Leykam.](#)

sismik PLUS - Dokumentation der Sprachentwicklung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache

Muttersprache

sismik steht für Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern im Kindergarten und ist ein Produkt, das vom [Herder Verlag](#) in Papierform vertrieben wird.

sismik PLUS ist eine Entwicklung des Plattform-EduCare-Mitglieds „OBHUT Beratungsservice für Kinderbetreuung“ in Kooperation mit dem Herder Verlag und ist eine datenbankgestützte Auswertung und Darstellung der sismik Beobachtungen über das Internet.

Damit wird Sprachentwicklung sichtbar.

Der „sismik-Beobachtungsbogen“ ist ein wissenschaftlich fundiert abgesichertes und langjährig erprobtes Instrument zur Beobachtung der Sprachentwicklung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache. Das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München hat es entwickelt. Sismik ist keine Sprachstandsfeststellung – kein Sprachtest.

Sismik beschränkt sich nicht nur auf die Sprachkenntnisse in Deutsch, oder auf Grammatik oder auf Wortschatzwissen – sismik bezieht das gesamte Sprachverhalten eines Kindes mit ein. Dieser Bogen hilft der Pädagogin, anhand von systematischen Beobachtungen, die Sprachentwicklung eines Kindes in den wesentlichen Bereichen zu erfassen, einzuordnen und auch zu dokumentieren. Bei einer mehrmaligen Anwendung (halbjährlich) lässt sich damit der Verlauf der Sprachentwicklung hervorragend erkennbar machen.

SismikPLUS unterstützt die Anwendung vom sismik-Beobachtungsbogen und bietet einen hervorragenden Umsetzungsservice in Form von graphischen Darstellungen und Vergleichsmöglichkeiten an. Für sismik PLUS Kunden werden bei Bedarf Anwendungsschulungen für den „sismik-Beobachtungsbogen“ angeboten.

Weitere Details siehe: <http://www.sismikplus.eu/index.htm>

Servicehotline

Tel.: +43 5574 / 2 03 03

von Montag - Freitag, jeweils von 08:00 - 18:00 Uhr

[Email: info@sismikplus.eu](mailto:info@sismikplus.eu)

OBHUT will dieses Bestreben unterstützen, in dem jenen Hilfestellung geboten wird, in deren Obhut Kinder außerhalb der Familie Zeit verbringen. Mit dieser Unterstützung will OBHUT dazu beitragen, dass sich Kinder in unserer Gesellschaft willkommen fühlen und sich nicht als Last empfinden. Träger und Angestellte von Kinderbetreuungseinrichtungen (dazu zählen Spielgruppen, Kleinkindbetreuungen, Kindergärten, Schülerbetreuungen, ...) sind im folgenden angesprochen.

**OBHUT -
Beratungsservices**



für Kinderbetreuung Weitere Informationen: <http://www.obhut.at>

Kontakt:

Mähdlestrasse 31a
6922 Wolfurt

Tel.: +43 (659) 6416211

E-Mail: buero@obhut.at

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

KindergartenpädagogIn gesucht

Ausgebildete(r) KindergartenpädagogIn. · Montessori-Pädagoge/in bzw. die Bereitschaft eine entsprechende. Ausbildung zu absolvieren. Erwartungen ...

www.outdoorwolf.at/KINDERGARTENPUSTEBLUMESTellen...

KINDEROASE WEIMAR sucht KindergartenpädagogIn

Int. Bilingualer Kindergarten (Deutsch/Englisch) - nur 1 Gruppe (25 Kinder) - hoher Personalstand- sucht 2 in Österreich ausgebildete und geprüfte Kindergärtnerinnen ganztags oder etwas weniger.

Ausgezeichnete Englischkenntnisse vorteilhaft. Schwerpunkte: Kleingruppenarbeit, Turnen, Eislaufen, Vorschulerziehung, viel Kultur. Individuelle Förderung, geöffnet 7.30 h - 17 h.

AB 9. August 2010.

Bewerbungen bitte an office@kinderoase-weimar.at

<http://kinderoase-weimar.at>

Die Kinderoase Weimar wird von einem gemeinnützigen Verein geleitet.

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Schwesig geht gegen rechtsextreme Tagesmütter vor

WELT ONLINE

Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD) will rechtsextreme Einflüsse auch im Bereich der Tagesmütter unterbinden. ...

[Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern verteidigt ihren Erlass zur ...](#)

Deutschlandradio

[Erlass gegen Rechtsextreme in Kitas](#) NDR Online

[Ad-Hoc-News \(Pressemitteilung\)](#)

[Alle 86 Artikel »](#)

Mecklenburg-Vorpommern: Kommunen sollen Gesinnung von Tagesmüttern prüfen

WELT ONLINE

Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD) will auch die mögliche rechtsextreme Gesinnung von Tagesmüttern überprüfen. Am Montag hatte sie zunächst angekündigt ...

Erlass gegen Rechtsextremisten soll auch für Tagesmütter gelten

Ostsee News - 30.07.2010

Die Ministerin appellierte am Freitag in Schwerin an die Landkreise und kreisfreien Städte, auch von Tagesmüttern einen Nachweis darüber

Tagesmütter auf dem Vormarsch

Schweriner Volkszeitung

"Die Gemeinde konnte den Kindergarten nicht mehr tragen und hat die Betreuung an Tagesmütter übergeben", erklärt die gelernte Mechanisatorin. ...

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen
und Events](#)

Studentag "Wege aus der Kinderarmut" 15.09.2010 in Linz

Fr., 8. Oktober 2010

Linz - Wissensturm

Anmeldung bis 15. September 2010 unter der Kursnummer 10.11050 bei der VHS Linz: 0732/70700 oder www.vhs.linz.at

→ Details siehe pdf-Beilage "oepe einladung.."

E-Mail: oepe@oepe.or.at Homepage: www.oepe.or.at

Seminar für KindergartenpädagogInnen: Bewegung: Eine Reise von globalen Aspekten bis hin zu Einflüssen auf die Entwicklung des Kindes

Die Anmeldefrist ist nämlich von Ende August bis Mitte September.

→ Genauere Infos siehe in der pdf-Beilage „ph-seminar“

E-Mail: maria.hawle@klimabuendnis.at Homepage: www.klimabuendnis.at

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.